

# REGIONALER PLANUNGSVERBAND OBERPFALZ-NORD

## *Niederschrift*

über die

öffentliche Sitzung

des Planungsausschusses

am 15.11.2005

im Rathaus Schwandorf

Beginn 10.<sup>05</sup> Uhr  
Ende 12.<sup>00</sup> Uhr

**Anwesende:****Mitglieder**

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann  
 MdL Heinz Donhauser  
 Stadtrat Josef Kummert  
 Stadtrat Helmut Ruhland  
 Landrat Armin Nentwig  
 Bürgermeister Gerd Geismann  
 Bürgermeister Gotthard Färber  
 Bürgermeister Hans Drexler  
 Kreisrätin Margit Kirzinger  
 stv. Landrat Willi Neuser  
 Bürgermeister Josef Zilbauer  
 Bürgermeister Werner Windisch  
 Bürgermeister Johann Eibauer  
 Kreisrat Hans Kraus  
 stv. Landrat Joachim Hanisch  
 Oberbürgermeister Helmut Hey  
 Bürgermeister Alois Seegerer  
 Bürgermeister Wolfgang Bayerl  
 Landrat Karl Haberkorn  
 stv. Landrat Herbert Hahn  
 Bürgermeister Werner Nickl  
 Bürgermeister Toni Dutz

**stellvertretende Mitglieder**

Stadtrat Georg Högler  
 Bürgermeister Peter Dotzler  
 stv. Landrat Ludwig Bayer  
 Bürgermeister Dieter Klein

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Metropolregion Nürnberg, Referat von OB Dr. Ulrich Maly, Diskussion
3. Fortschreibung des LEP, Beteiligungsverfahren
4. 12. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung NP Hirschwald,  
Auswertung des Beteiligungsverfahrens, Beschlussfassung
5. 13. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung Hochwasserschutz,  
Auswertung des Beteiligungsverfahrens, Beschlussfassung
6. 14. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung Zentrale Orte,  
Beschluss zur Einleitung eines Beteiligungsverfahrens
7. 15. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung Kooperationsräume,  
Beschluss zur Einleitung eines Beteiligungsverfahrens
8. Bekanntgaben des Vorsitzenden
9. Verschiedenes

## **TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Verbandsvorsitzender, Landrat Simon Wittmann begrüßte die erschienenen Ausschussmitglieder, voran den Hausherrn OB Helmut Hey, die Regierungsdirektoren Axel Koch und Wolfram Friedl sowie RD Steghöfer und die Vertreter der Presse. Der besondere Gruß des Vorsitzenden galt Frau Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg (= EMN), die anstelle des Nürnberger OB's Dr. Ulrich Maly gekommen war, weil dieser kurzfristig zur Wahl des Bundesvorsitzenden der SPD nach Karlsruhe reisen musste.

OB Helmut Hey hieß die Versammlung im neuen Sitzungssaal und dem z.Zt. modernsten Rathaus in Bayern willkommen und verwies auf die Initiative für den Neubau, die noch von seinem Vorgänger OB Hans Kraus (jetzt als Kreisrat im Planungsausschuss) ausgegangen sei.

Da die Ladung vom 20.10.2005 rechtzeitig erfolgt und mehr als die Hälfte der Mitglieder erschienen ist, wurde Beschlussfähigkeit festgestellt. Mit der Tagesordnung bestand Einverständnis.

## **TOP 2: Metropolregion Nürnberg (EMN)**

Frau Dr. Christa Standecker stellte Ihrem Vortrag voran, Anlass für die Bewerbung um Anerkennung als EMN sei gewesen, dass immer mehr Standort- und Investitionsentscheidungen nicht mehr nach Landeszugehörigkeit sondern auf Großstadregionen ausgerichtet getroffen werden. Dazu spielen Kriterien wie verkehrliche Lage, wissenschaftliches Umfeld, wirtschaftliche Cluster oder Bevölkerungspotential eine Rolle, wenn man sich im globalisierten Wettbewerb behaupten und nicht untergehen will.

Unter den sieben bisherigen deutschen Metropolregionen war für Bayern nur München vertreten und ein Blick auf die Landkarte zeigte, dass die Großräume Hannover und Nürnberg noch fehlten. Die EMN hat dazu eine polyzentrische Struktur gewählt, d.h. die beteiligten Städte und Landkreise im sogenannten Kern, die sozio-ökonomisch eng verflochten sind, stehen sich auf Augenhöhe gegenüber und weitere Partner mit punktuellen Verbindungen beteiligen sich im sogenannten metropolitanen Netz (z.B. TIR).

Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat die EMN am 28.04.2005 anerkannt; am 12.05.2005 wurde die Charta der EMN unterzeichnet. Darin sind ausdrücklich Grundsätze wie Freiwilligkeit, Subsidiarität, Offenheit, Dynamik und Konsens festgelegt. OB Dr. Ulrich Maly betone deshalb auch bei jeder Gelegenheit, dass sich alle Partner ausdrücklich freiwillig beteiligen, alle Aufgaben dort erledigt werden sollen, wo dies am zweckmäßigsten und zielführend erfolgen kann und sowohl Bildung und Bestand der EMN nicht statisch sind sondern lfd. neue Partner hinzukommen oder sich auch wieder verabschieden könnten. Außerdem sind alle Gremienbeschlüsse von vornherein zum Konsens verpflichtet.

Von der EMN erwartet man sich natürlich in erster Linie einen Imagegewinn und eine Position in der Premiumsleague der Wirtschaftszentren nationaler und internationaler Dimension, erhöhte Chancen bei Standortentscheidungen und natürlich auch Präferenzen einer künftigen nationalen oder europäischen Förderpolitik. Dazu müssen vor allem die Gateway-Funktion der EMN, d.h. z.B. Waren- und Wissensaustausch und Zugang zu neuen Märkten (v.a. MOE-Staaten) international ausgerichtet, die Verkehrsinfrastruktur (Straße, Schiene, Wasser, Luft) optimiert, die Innovationsfunktion der Uni's und Fachhochschulen vernetzt, eine Marketingstrategie entwickelt und die wirtschaftlichen Cluster gestärkt werden. Ziel muss sein, die EMN weltweit zu positionieren.

Frau Dr. Standecker ging abschließend noch auf die Strukturen der EMN ein. Die fachliche Arbeit gliedert sich in sechs sogenannte Foren (Wirtschaft und Infrastruktur, Wissenschaft, Verkehr und Planung, Kultur und Sport, Tourismus, Marketing), die jeweils von einem politischen und einem fachlichen Sprecher geleitet werden und Geschäftsführer aus dem Verwaltungsbereich haben. Die Forumsmitglieder und -experten werden i.d.R. auf Vorschläge und Interessensbekundungen der Landräte und Oberbürgermeister sowie Partnern der Wirtschaft besetzt. Die sechs dreiköpfigen Leitungen der Foren bilden einen Steuerungskreis, der Strategie, Arbeitsthemen, Projekte und Fachbeiträge der Foren koordiniert. Der Rat der EMN besteht aus den Oberbürgermeistern, Landräten und den jeweils einwohnerstärksten Bürgermeistern je Landkreis, zwei Mitgliedern der Staatsregierung sowie einem Regierungs- und einem Bezirkstagspräsidenten. Geleitet wird der Rat von OB Dr. Ulrich Maly, seine Vertreter sind Landrat Dr. Denzler, Bamberg und 1. Bürgermeister Gerd Geismann, Sulzbach-Rosenberg.

Die entscheidende Frage für die Region Oberpfalz-Nord, inwieweit die EMN auch den ländlichen Raum fördern könne, lässt sich lt. Dr. Standecker derzeit noch nicht abschließend beantworten. Der EMN-Aufbau ist ein entwicklungs-offener Prozess, in dem die Beteiligten ihre Rolle z.T. erst noch finden müssen und in dem die Position der Kreise und Gemeinden auch von deren Engagement abhängen wird. Die Perspektive der EMN sei jedenfalls auf Optimierung der innerregionalen Zusammenarbeit, Attraktivitätssteigerung auf europäischer und internationaler Ebene und Wachstum ausgerichtet.

Vorsitzender Landrat Simon Wittmann bedankte sich sehr für die ausführlichen Informationen und erinnerte die doch unterschiedlichen Positionen in den verschiedenen Gebieten der Region Oberpfalz-Nord. Er selber sei sich auch noch nicht schlüssig. Einerseits gehöre man aus EU-Sicht zumindest teilweise zur EMN, andererseits wäre aber auch unklar, was mit den peripheren Räumen (z.B. bis hin zum Landkreis Cham) bzw. den Regionen zwischen den Metropolen künftig geschehe. Alle Interessierten müssen wohl für sich selber entscheiden, ob sie in den EMN-Prozess einsteigen wollen.

Landrat Armin Nentwig begrüßte die Entwicklung, die uns endlich die Chance böte, in Nordbayern mit einer Stimme zu sprechen und es sei deshalb für jede einzelne Kommune wichtig, sich zu beteiligen.

Landrat Simon Wittmann beleuchtete die Situation noch anhand der in Pressath investierenden Fa. Wavelight aus dem Bereich der Medizintechnik, deren Geschäftsführer sich mit dem Standort ausdrücklich dem Großraum Nürnberg zuordne.

Andererseits betreibe man gemeinsames Oberpfalzmarketing mit Regensburg, die sich zu „greater munich“ zählten.

Seitens des Herrn OB Dr. Maly bestünde nach wie vor die Bereitschaft, zu Gremien zu kommen (Verbandsversammlung, Kreistag, Stadtrat) und mit den Beteiligten zu diskutieren.

### **TOP 3: Fortschreibung des LEP, Beteiligungsverfahren**

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann erläuterte, entgegen früheren Verfahren habe der Planungsverband diesmal keine Bündelungsfunktion für die Äußerungen der Gemeinden, Städte und Landkreise, sondern jedes Verbandsmitglied sei aufgerufen, seine Stellungnahme direkt dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie gegenüber abzugeben. Gleichwohl habe man gebeten, auch den Regionalen Planungsverband zu informieren, um regionale Gesichtspunkte in die Äußerung des Verbandes mit einzubeziehen und zu unterstützen. Dann stellte der Vorsitzende den von Herrn Friedl vorgelegten Entwurf der Stellungnahme vom 14.11.2005 mit den Einzelpunkten 1 bis 11 vor. Zum Thema Einzelhandelsgroßprojekte (Punkt 7) regte Landrat Karl Haberkorn an, insbesondere für „Sonderstandorte im Grenzgebiet“ einen flexibleren Spielraum einzufordern. Bürgermeister Werner Windisch wies auch auf die Problematik seiner Gemeinde

Weierhammer hin, der durch die nicht mögliche Entwicklung im Einzelhandel auf Dauer eine Aufstufung zum Unterzentrum verwehrt bliebe.

Frau Kreisrätin Margit Kirzinger konnte sich mit dem LEP-Ziel B V 4.2 nicht einverstanden erklären, wonach die Klärschlammverwertung in der Landwirtschaft beendet werden und künftig nur noch thermische Behandlung möglich sein soll. Der Vorsitzende erklärte dazu, dies wäre kein „Thema“ der Regionalplanung. Es werde aber über den Landkreistag verfolgt, weil Klärschlamm insbesondere beim Energiepflanzenanbau auch künftig einsetzbar bleiben soll. Da ansonsten mit allen von Herrn Friedl in den Entwurf aufgenommenen Punkten und Inhalten Einverständnis bestand, wurde er als Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes gegenüber dem Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie einstimmig beschlossen.

#### **TOP 4: 12. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung NP Hirschwald, Auswertung des Beteiligungsverfahrens, Beschlussfassung**

Die Teilfortschreibung „Naturpark Hirschwald“ war vom Planungsausschuss am 10.03.2005 befürwortet und mit Schreiben vom 16.03.2005 ins Anhörungsverfahren gegeben worden. Zu den eingegangenen Äußerungen hat Herr Friedl eine Auswertung vorgelegt und empfohlen, am Entwurf der Fortschreibung keine Änderungen vorzunehmen. Dem folgte der Planungsausschuss einstimmig und beschloss, der Vorsitzende solle die Verbindlicherklärung beantragen (siehe Sitzungsvorlage).

#### **TOP 5: 13. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung Hochwasserschutz, Auswertung des Beteiligungsverfahrens, Beschlussfassung**

Die Teilfortschreibung Hochwasser wurde bereits in der Verbandsversammlung am 20.11.2003 in Amberg erstmals erörtert. Inzwischen erfolgten umfangreiche Ausarbeitungen durch die Wasserwirtschaftsverwaltungen. Am 10.03.2005 hat der Planungsausschuss einen Entwurf grundsätzlich gebilligt, der mit Schreiben vom 16.03.2005 ins Anhörungsverfahren ging. Vorsitzender Simon Wittmann betonte dazu, obwohl der Hochwasserschutz eine reine staatliche Fachplanung sei, habe man mit der Regionalplanfortschreibung die Möglichkeit der kommunalen Einflussnahme und sollte diese auch entsprechend nutzen. Die eingegangenen Äußerungen hat Herr Friedl unter Ziff. 2 bis 21 zusammengefasst und ausgewertet. Diese wurden einzeln aufgerufen und zur Diskussion gestellt. Zu den Ziff. 2 bis 18 und 20 erfolgten jeweils keine Änderungen des Entwurfs. Bei Ziff. 19 wurden Siedlungsflächen in den Gemeinden Stulln, Schwarzach bei Nabburg und Schwarzenfeld im Vorranggebiet HW3 freigestellt, in Ziff. 21 (Nachtrag) wird das Vorranggebiet HW3 bei Luhe zurückgenommen.

Herr Friedl wird ermächtigt, Text- und Kartenänderungen vorzunehmen und die Vorlage für den Antrag auf Verbindlicherklärung zu erarbeiten. Diese soll der Vorsitzende bei der Regierung der Oberpfalz beantragen.

#### **TOP 6: 14. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung Zentrale Orte, Beschluss zur Einleitung eines Beteiligungsverfahrens**

Mit dem neuen BayLplG trat zum 01.01.2005 Ziel A III 2.1.5.2 aus dem LEP 2003 in Kraft, wonach die Regionalen Planungsverbände nicht nur Kleinzentren sondern auch Unterzentren per Regionalplan ausweisen können.

Dazu hat Herr Friedl einen Entwurf für eine 14. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung Zentrale Orte ausgearbeitet und darin die aktuelle Situation und mögliche

Veränderungen nach dem Zentralitätskriterienkatalog lt. Anhang zum LEP 2003 dargestellt. Vorsitzender Simon Wittmann ergänzt dazu, die Gemeinden sollten ihre Ist-Situation überprüfen und sich in das Verfahren einbringen. Da keine Diskussion gewünscht wurde, erging abschließend folgender einstimmiger Beschluss:

**„Der vorgelegte Entwurf zur 14. Änderung des Regionalplans vom 15.11.2005 wird grundsätzlich befürwortet. Die Geschäftsführung wird mit der Einleitung und Durchführung eines Beteiligungsverfahrens beauftragt. Für die Abgabe von Stellungnahmen wird eine Frist bis 31.01.2006 festgesetzt. Der Regionsbeauftragte erhält den Auftrag, die eingehenden Stellungnahmen zu prüfen und das Auswertungsergebnis vorzulegen.“**

### **TOP 7: 15. Änderung des Regionalplans - Teilfortschreibung Kooperationsräume, Beschluss zur Einleitung eines Beteiligungsverfahrens**

Vorsitzender Simon Wittmann nimmt Bezug auf das Teilraumgutachten und die darin enthaltenen Vorschläge für Kooperationsräume. Im Entwurf von Herrn Friedl wurden folgende vier Kooperationsräume vorgeschlagen und begründet:

- Stadt-Umland-Amberg
- Fensterbach
- Drehscheibe A6/A93
- Schwandorf/Wackersdorf/Steinberg

Bürgermeister Gerd Geismann merkt dazu an, wegen der gegebenen Verflechtungen (insbesondere verkehrlicher Art) müssen in den Kooperationsraum Stadt-Umland-Amberg die Gemeinden Illschwang und Birgland mit einbezogen werden. Die Benennung sollte auch Sulzbach-Rosenberg mit anführen. Vorsitzender Simon Wittmann regte daraufhin an, diesen Wunsch in das Anhörungsverfahren einzubringen. OB Helmut Hey meldete sich zum Kooperationsraum Schwandorf/Wackersdorf/Steinberg und betonte, der Schwerpunkt liege hier eindeutig in der gewerblichen Siedlungstätigkeit und beabsichtige keine Auswirkungen auf die Wohnbebauung. Dazu erklärte Herr Friedl, die in der Begründung genannte Schwerpunktfunktion „Siedlungswesen“ umfasse als Oberbegriff die Bereiche Gewerbe und Wohnen, die zusammen betrachtet werden sollten, weil sie einander bedingen. Auch hier gelte es im Anhörungsverfahren darauf einzugehen. Bürgermeister Peter Dotzler hinterfragt den Schwerpunkt „Ökologie“ in der Begründung zum Stadt-Umland-Amberg. Seiner Meinung nach sei dieser Schwerpunkt entbehrlich. Vorsitzender Simon Wittmann und Herr Friedl entgegneten dazu, Ausgleichsmaßnahmen würden sicher erforderlich und Gewerbestandorträume bräuchten sicher einen Gegenpol im ökologischen Bereich.

Frau Kreisrätin Margit Kirzinger regte schließlich noch an, den vorgeschlagenen Katalog um den Kooperationsraum Vohenstrauß-Waidhaus-Stříbro zu erweitern. Anschließend erfolgte folgender einstimmiger Beschluss:

**„Der zu ergänzende Entwurf zur 15. Änderung des Regionalplans vom 15.11.2005 wird grundsätzlich befürwortet. Die Geschäftsführung wird mit der Einleitung und Durchführung eines Beteiligungsverfahrens beauftragt. Für die Abgabe von Stellungnahmen wird eine Frist bis 31.01.2006 festgesetzt. Der Regionsbeauftragte erhält den Auftrag, die eingehenden Stellungnahmen zu prüfen und das Auswertungsergebnis vorzulegen.“**

### **TOP 8: Bekanntgaben des Vorsitzenden**

Vorsitzender Landrat Simon Wittmann verwies auf die vorgesehene Abschaffung des Sitzungsgeldes für Bürgermeister. Die entsprechende Satzungsänderung ist zwar in der Verbandsversammlung vom 03.06.2005 noch nicht verabschiedet worden, weil diese gegen Ende nicht mehr beschlussfähig war. Es wird aber bereits im Vorgriff darauf ab heute kein Sitzungsgeld mehr gezahlt. Sollte es nächstes Jahr anders kommen, könne man ja nachträglich zahlen.

Ebenfalls wegen Beschlussunfähigkeit der letzten Zusammenkunft des Planungsausschusses am 29.09.2005 in Neustadt a.d. Waldnaab verwies der Vorsitzende nochmal auf den Aufgabenübergang von der TRG-Lenkungsgruppe auf den Planungsausschuss und die Einigung, dass sich ein sogenannter Unterausschuss aus den Oberbürgermeistern und Landräten um die weiteren koordinierenden Arbeiten zum Teilraumgutachten kümmern soll. Damit bestand Einverständnis.

Verbandssatzung und Geschäftsordnung sollen in 2006 der Rechtslage angepasst werden. Dazu sind derzeit überörtlich Muster in Arbeit. Bei einer für Satzungsänderungen notwendigen Verbandsversammlung könne dann auch die von Landrat Armin Nentwig zuletzt vorgeschlagene Wahl eines dritten stv. Vorsitzenden in die Tagesordnung aufgenommen werden.

### **TOP 9: Verschiedenes**

Mangels Wortmeldungen schloss der Vorsitzende gegen 12.<sup>00</sup> Uhr die Sitzung mit dem Hinweis, dass anschließend noch eine Führung durch das neue Rathaus der Stadt Schwandorf angeboten wird.

Regionaler Planungsverband Oberpfalz-Nord  
Neustadt a.d. Waldnaab, 18.11.2005

Simon Wittmann  
Landrat und Verbandsvorsitzender

Karl Wittmann  
Geschäftsführer